

Berufsschule plus - Verschleierung von Bildungsungerechtigkeit

Das bay. Kultusministerium feiert „Berufsschule plus“ als einen wichtigen Beitrag für eine bessere Durchlässigkeit im Bildungswesen. Das Ziel soll der Erwerb der Fachhochschulreife für BerufsschülerInnen sein.

RealschülerInnen mit gutem Abschluss soll die Gelegenheit gegeben werden, sich zusätzlich zu einer Berufsausbildung in der Freizeit an der Berufsschule auf Prüfungen in Deutsch, Mathe, Englisch für die Fachhochschulreife vorzubereiten.

Anders als beim vorangegangenen Modellversuch DBFH (Duale Berufsausbildung, Fachhochschulreife) ist der Erwerb der Fachhochschulreife bei „Berufsschule plus“ kein Bestandteil des Ausbildungsvertrages. Berufsschulunterricht ist nach BBiG Teil der Ausbildung und als Arbeitszeit zu vergüten.

Wenn jetzt im Zuge von „Berufsschule Plus“ Unterricht in die Freizeit verlagert werden soll, dann ist dies ein Rückschritt, der langfristig den Berufsschulunterricht der Beliebigkeit preisgibt.

Die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung wird hierdurch nicht erreicht - von keinem Gymnasialisten wird erwartet, neben dem Schulbesuch einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen.

Möglicherweise ist es der Versuch in das System der Sonntagsschule des 19. Jahrhunderts wieder einzusteigen. Für die betroffenen KollegInnen bedeutet dies unter Umständen Unterricht am Abend und am Wochenende. Eine solche schleichende Arbeitszeitverlängerung lehnt die GEW Bayern ab.

*Erwin Saint Paul
Mitglied des
GEW-Landesvorstandes Bayern
Referat berufl. Schulen*